

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 1973

[C - 2008/00493]

2 MAART 2007. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 2 maart 2007 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten (*Belgisch Staatsblad* van 14 maart 2007).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 1973

[C - 2008/00493]

2 MARS 2007. — Arrêté royal portant modification de l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 2 mars 2007 portant modification de l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police (*Moniteur belge* du 14 mars 2007).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 1973

[C - 2008/00493]

2. MÄRZ 2007 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 2. März 2007 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ UND FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

2. MÄRZ 2007 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes, insbesondere des Artikels 121, so wie er durch das Gesetz vom 26. April 2002 ersetzt worden ist, und des Artikels 137*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 20. Juni 2006;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste (RSPol), insbesondere der Artikel VI.II.20 Absatz 1, VI.II.38, VI.II.39 Absatz 1 und 3, VI.II.40, VII.II.3 § 2, VII.IV.3 § 2, IX.I.9, IX.II.6 Absatz 1 und X.III.1 Nr. 2 Buchstabe a);

Aufgrund der Stellungnahme des Generalinspektors der Finanzen vom 4. Februar 2005;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 21. Februar 2006;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Öffentlichen Dienstes vom 12. Oktober 2005;

In der Erwägung, dass die Stellungnahme des Bürgermeisterbeirats nicht ordnungsgemäß binnen der gesetzten Frist abgegeben worden ist und dass kein Antrag auf Verlängerung der Frist gestellt worden ist; dass sie infolgedessen außer Acht gelassen worden ist;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 40.780/2/V des Staatsrates vom 19. Juli 2006, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Aufgrund des Protokolls Nr. 260/2 des Verwaltungsausschusses für die Polizeidienste vom 31. Januar 2007;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Justiz und Unseres Ministers des Innern

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Artikel VI.II.20 Absatz 1 RSPol wird durch folgenden Absatz ersetzt :

«Art. VI.II.20 - Der vom Minister gemäß Artikel VI.II.19 § 1 Absatz 1 bestimmte Dienst leitet die Bewerbungen je nachdem, ob es sich um eine Vakanz in einem Korps der lokalen Polizei oder bei der föderalen Polizei handelt, unverzüglich an den Korpschef beziehungsweise den Generalkommissar oder den betreffenden Generaldirektor weiter.»

Art. 2 - Artikel VI.II.38 RSPol wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. VI.II.38 - Der Generaldirektor des Personals vergleicht gegebenenfalls aufgrund der gleich lautenden Stellungnahme des Generalkommissars für die innerhalb des Generalkommissariats zu vergebenden Stellen oder des betreffenden Generaldirektors für die innerhalb seiner Generaldirektion zu vergebenden Stellen die jeweiligen Ansprüche und Verdienste der von der föderalen Auswahlkommission für Offiziere der föderalen Polizei beziehungsweise von der föderalen Auswahlkommission für Personalmitglieder der Stufe A der föderalen Polizei für geeignet befundenen Bewerber auf der Grundlage des Vorschlags dieser Auswahlkommission und der in Artikel VI.II.35 Absatz 3 bestimmten Angaben; anschließend entscheidet er, welcher Bewerber für die durch Mobilität zu vergebende Stelle am geeignetsten ist.

Ist dieser Bewerber ein Offizier der föderalen Polizei beziehungsweise ein Personalmitglied des Verwaltungs- und Logistikkaders der Stufe A der föderalen Polizei, bestellt der Generaldirektor des Personals ihn in die durch Mobilität zu vergebende Stelle.

Ist dieser Bewerber Inhaber eines in Artikel VII.II.4 Nr. 3 erwähnten Direktionsbrevets oder ein Offizier eines Korps der lokalen Polizei beziehungsweise Personalmitglied des Verwaltungs- und Logistikkaders der Stufe A eines Korps der lokalen Polizei, schlägt der Generaldirektor des Personals ihn der Ernennungsbehörde im Hinblick auf seine Ernennung vor; anschließend bestellt er das ernannte Personalmitglied in die durch Mobilität innerhalb der föderalen Polizei zu vergebende Stelle.»

Art. 3 - Artikel VI.II.39 Absatz 1 und 3 RSPol wird durch folgende Absätze ersetzt :

«Handelt es sich um eine durch Mobilität zu vergebende Stelle, die gemäß Artikel VI.II.22 dem Dienstalter nach zugeteilt wird, bestimmt der Generaldirektor des Personals die Rangfolge im Dienstalter für die für zulässig erklärten Bewerbungen.

Ist der Bewerber mit dem höchsten Dienstalter ein Mitglied eines Korps der lokalen Polizei, ernennt der Generaldirektor des Personals ihn oder stellt er ihn ein; anschließend bestellt er ihn in die durch Mobilität bei der föderalen Polizei zu vergebende Stelle.»

Art. 4 - Artikel VI.II.40 RSPol wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. VI.II.40 - Handelt es sich um eine durch Mobilität zu vergebende Stelle für ein Personalmitglied eines anderen Kadern als des Offizierskadern oder für ein Personalmitglied einer anderen Stufe als der Stufe A und handelt es sich nicht um eine Stelle im Sinne von Artikel VI.II.22, vergleicht der Generaldirektor des Personals gegebenenfalls aufgrund der gleich lautenden Stellungnahme des Generalkommissars für die innerhalb des Generalkommissariats zu vergebenden Stellen oder des betreffenden Generaldirektors für die innerhalb seiner Generaldirektion zu vergebenden Stellen die Ansprüche und Verdienste der für zulässig befundenen Bewerbungen auf der Grundlage der in Artikel VI.II.35 Absatz 3 bestimmten Angaben; anschließend entscheidet er, welcher Bewerber am geeignetsten ist.

Ist dieser Bewerber ein Mitglied der föderalen Polizei, bestellt der Generaldirektor des Personals ihn in die durch Mobilität zu vergebende Stelle.

Ist dieser Bewerber ein Mitglied eines Korps der lokalen Polizei, ernennt der Generaldirektor des Personals ihn oder stellt er ihn ein; anschließend bestellt er das ernannte beziehungsweise eingestellte Personalmitglied in die durch Mobilität bei der föderalen Polizei zu vergebende Stelle.»

Art. 5 - Artikel VII.II.3 § 2 RSPol wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«§ 2 - Mit Ausnahme der in § 1 erwähnten Gehaltstabellenerhöhung wird die höhere Gehaltstabelle in der Gehaltstabellenlaufbahn vom Generalkommissar oder von dem von ihm bestimmten Generaldirektor beziehungsweise vom Korpschef oder von dem von ihm bestimmten Personalmitglied gewährt. Wenn ein Personalmitglied der lokalen Polizei bei der Bewertung jedoch die Endnote «ungenügend» erhalten hat, ist die im Rahmen der Gehaltstabellenlaufbahn zuständige Behörde der Bürgermeister oder das Polizeikollegium.

Der Minister legt die Modalitäten mit Bezug auf diese Gewährung fest.»

Art. 6 - Artikel VII.IV.3 § 2 RSPol wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«§ 2 - Mit Ausnahme der in § 1 erwähnten Gehaltstabellenerhöhung wird die höhere Gehaltstabelle in der Gehaltstabellenlaufbahn vom Generalkommissar oder von dem von ihm bestimmten Generaldirektor beziehungsweise vom Korpschef oder von dem von ihm bestimmten Personalmitglied gewährt. Wenn ein Personalmitglied der lokalen Polizei bei der Bewertung jedoch die Endnote «ungenügend» erhalten hat, ist die im Rahmen der Gehaltstabellenlaufbahn zuständige Behörde der Bürgermeister oder das Polizeikollegium.

Der Minister legt die Modalitäten mit Bezug auf diese Gewährung fest.»

Art. 7 - Artikel IX.I.9 RSPol wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. IX.I.9 - Das Personalmitglied kann seinen freiwilligen Rücktritt anhand eines an den Generaldirektor des Personals oder an den von ihm bestimmten Direktor der Direktion seiner Generaldirektion beziehungsweise an den Korpschef oder das von diesem bestimmte Personalmitglied gerichteten Briefs einreichen. Es darf nur mit Zustimmung der vorerwähnten Behörde und unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist aus dem Dienst treten. Hat diese Behörde innerhalb sechzig Tagen nach dem Datum des Versands des Antrags nicht geantwortet, gilt die Zustimmung als erteilt.

Die in Absatz 1 erwähnte Kündigungsfrist beginnt am ersten Tag des Monats nach dem Monat, in dem das Personalmitglied von dem in Absatz 1 erwähnten Beschluss in Kenntnis gesetzt worden ist, oder am Tag, an dem die Frist von sechzig Tagen nach dem Datum des in Absatz 1 erwähnten Versands abgelaufen ist.

Die in Absatz 1 erwähnte Behörde kann die in Absatz 1 erwähnte Kündigungsfrist mit dem Einverständnis des Personalmitglieds verkürzen.

Wenn der freiwillige Rücktritt für das Personalmitglied mit der Verpflichtung einhergehen kann, dem Staat, der Gemeinde oder der Mehrgemeindezone die in Artikel 85 des Gesetzes vom 26. April 2002 über die wesentlichen Elemente des Statuts der Personalmitglieder der Polizeidienste und zur Festlegung verschiedener anderer Bestimmungen über die Polizeidienste erwähnte Entschädigung zu zahlen, leitet die in Absatz 1 erwähnte Behörde den Rücktrittsantrag unverzüglich an den Minister beziehungsweise an den Bürgermeister oder das Polizeikollegium weiter, die in diesem Fall unter den gleichen Bedingungen wie den in Absatz 1 erwähnten Bedingungen dafür zuständig sind, über den Rücktrittsantrag zu entscheiden und gegebenenfalls die in Absatz 1 erwähnte Kündigungsfrist mit dem Einverständnis des Personalmitglieds zu verkürzen.»

Art. 8 - In Artikel IX.II.6 Absatz 1 RSPol wird anstelle von Nr. 2, die Nr. 3 wird, eine neue Nummer 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«2. in dem in Artikel VIII.XI.5 erwähnten Fall : je nach Fall durch den Generaldirektor des Personals oder den von ihm bestimmten Direktor der Direktion seiner Generaldirektion oder den Korpschef oder das von diesem bestimmte Personalmitglied.»

Art. 9 - In Artikel X.III.1 Nr. 2 Buchstabe a) RSPol werden die Wörter «den Minister» durch die Wörter «den Minister oder seinen Beauftragten» ersetzt.

Art. 10 - Ab dem in Artikel 54 des Gesetzes vom 20. Juni 2006 zur Abänderung bestimmter Texte über die integrierte Polizei erwähnten Datum versteht man in den Gesetzes- und Verordnungstexten bis zu ihrer Anpassung unter «Generaldirektion des Personals der föderalen Polizei» die «Generaldirektion der materiellen Mittel der föderalen Polizei» und die «Generaldirektion der operativen Unterstützung der föderalen Polizei» sowie unter «Generaldirektor der Generaldirektion des Personals der föderalen Polizei» den «Generaldirektor der Generaldirektion der materiellen Mittel der föderalen Polizei» und den «Generaldirektor der Generaldirektion der operativen Unterstützung der föderalen Polizei» beziehungsweise die «Generaldirektion der Unterstützung und der Verwaltung» und den «Generaldirektor der Generaldirektion der Unterstützung und der Verwaltung», und zwar in Bezug auf die Zuständigkeiten und die Personalmitglieder, die davon abhängen.

Art. 11 - Unser Minister der Justiz und Unser Minister des Innern sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 2. März 2007

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Vizepremierministerin und Ministerin der Justiz
Frau L. ONKELINX

Der Vizepremierminister und Minister des Innern
P. DEWAELE

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 1974

[C – 2008/00500]

9 MEI 2008. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 21 april 2007 waarbij de stormwinden die op 18 en 19 januari 2007 schade hebben aangericht in talrijke Belgische gemeenten als een algemene ramp worden beschouwd en waarbij de geografische uitgestrektheid van deze ramp wordt afgebakend

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groot.

Gelet op de wet van 12 juli 1976 betreffende het herstel van zekere schade veroorzaakt aan private goederen door natuurrampen, inzonderheid op artikel 2, § 1, 1^o, en § 2;

Gelet op het koninklijk besluit van 21 april 2007 waarbij de stormwinden die op 18 en 19 januari 2007 schade hebben aangericht in talrijke Belgische gemeenten als een algemene ramp worden beschouwd en waarbij de geografische uitgestrektheid van deze ramp wordt afgebakend;

Overwegende dat het verschijnsel voor meer dan 50.000.000 EUR schade heeft veroorzaakt en dientengevolge in zijn geheel een uitzonderlijk karakter vertoont in de geest van de ministeriële oorzakelijke brief van 20 september 2006;

Gelet op de laattijdige aanvragen van verschillende gemeenten in de provincies Antwerpen, Henegouwen, Luik, Luxemburg, Namen, Vlaams-Brabant, West-Vlaanderen en het Administratief arrondissement Brussel-Hoofdstad;

Overwegende dat op 18 en 19 januari 2007 stormwinden schade hebben aangericht in deze gemeenten;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 26 oktober 2007;

Gelet op de akkoordbevinding van Onze Minister van Begroting van 14 februari 2008;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken en op het advies van Onze in Raad vergaderde Ministers,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. In artikel 2 van het koninklijk besluit van 21 april 2007 waarbij de stormwinden die op 18 en 19 januari 2007 schade hebben aangericht in talrijke Belgische gemeenten als een algemene ramp worden beschouwd en waarbij de geografische uitgestrektheid van deze ramp wordt afgebakend, wordt de lijst van de gemeenten, per provincie, als volgt aangevuld :

Provincie Antwerpen
Hulshout
Mol
Rumst
Vosselaar
Provincie Henegouwen
Froidchapelle
Provincie Luik
Baalen
Hoei
Tinlot
Provincie Luxemburg
Bertogne
Hotton

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 1974

[C – 2008/00500]

9 MAI 2008. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 21 avril 2007 considérant comme une calamité publique les vents de tempête qui ont touché les 18 et 19 janvier 2007 de nombreuses communes belges et délimitant l'étendue géographique de cette calamité

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 12 juillet 1976 relative à la réparation de certains dommages causés à des biens privés par des calamités naturelles, notamment l'article 2, § 1^{er}, 1^o, et § 2;

Vu l'arrêté royal du 21 avril 2007 considérant comme une calamité publique les vents de tempête qui ont touché les 18 et 19 janvier 2007 de nombreuses communes belges et délimitant l'étendue géographique de cette calamité;

Considérant que le phénomène a provoqué pour plus de 50.000.000 EUR de dégâts et présente dès lors dans son ensemble un caractère exceptionnel au sens de la circulaire ministérielle du 20 septembre 2006;

Vu les demandes tardives de plusieurs communes des provinces d'Anvers, de Hainaut, de Liège, de Luxembourg, de Namur, de Brabant Flamand, de Flandre occidentale et de l'Arrondissement administratif de Bruxelles capitale;

Considérant que les vents de tempête ont touché les 18 et 19 janvier 2007 ces communes;

Vu l'avis de l'Inspecteur des finances, donné le 26 octobre 2007;

Vu l'accord de Notre Ministre du Budget, donné le 14 février 2008;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur et de l'avis de Nos Ministres qui en ont délibéré en Conseil,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. A l'article 2 de l'arrêté royal du 21 avril 2007 considérant comme une calamité publique les vents de tempête qui ont touché les 18 et 19 janvier 2007 de nombreuses communes belges et délimitant l'étendue géographique de cette calamité, la liste des communes, par province, est complétée comme suite :

Province d'Anvers
Hulshout
Mol
Rumst
Vosselaar
Province de Hainaut
Froidchapelle
Province de Liège
Baalen
Huy
Tinlot
Province de Luxembourg
Bertogne
Hotton